33 / 2012 www.sabine-baetzing.de 26.10.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
Wahlkampf - es ist Wahlkampf! Ein Jahr vor der Wahl hat schwarz-gelb in den Wahlkampfmodus geschaltet!
Woran ich das festmache? An ALLEM!
Nur 2 Beispiele:
1.) Die schwarz-gelbe Regierung bringt Gesetze in den Bundestag ein- alles kritische wird gelöscht und nur noch Lobbyistenwünsche werden erfüllt. So hab ich‘s beim Verkehrssteuergesetz am eigenen Leib im Ausschuss erlebt!,
2.) der Sprecher der CSU hat versucht, beim ZDF zu erreichen, dass dieses in der "heute"-Sendung nicht über den bayrischen SPD-Parteitag berichtet und stattdessen nur über den CSU-Landesparteitag! Man drohte sogar mit Diskussionen, falls man dem nicht folgen würde. Das ZDF ließ sich jedoch nicht beeindrucken und sendete trotzdem. ZDF: 1! CSU: 6! Also das wird ein munteres Jahr...
Auf geht’s! Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Bayern- Ein Wechsel ist durchaus möglich!

Christian Ude hat die große Mehrheit der SPD in Bayern hinter sich versammelt. Seine Nominierung zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2013 zeigt den großen Zusammenhalt und den Willen zum Wechsel, mit dem wir in die Auseinandersetzung um die Zukunft Bayerns gehen.
Die Erfolge in vielen Städten und Gemeinden des Landes, die SPD-regiert sind, haben Aufbruchsstimmung erzeugt. Bayern, das ist ein Land mit selbstbewussten Bürgerinnen und Bürgern, von denen immer mehr die Nase voll haben von einer arroganten und irrlichternden CSU. Keine Mehrheit für die CSU, keine Mehrheit für Schwarz-Gelb – das liegt in der Luft.
Die CSU hat auf ihrem schrill inszenierten Parteitag einmal mehr bewiesen, dass ihr Alleinvertretungsanspruch in Bayern nur noch Phrase und Pose ist. Seehofer, Söder und Dobrindt haben mit ihren intriganten Winkelzügen und ihrem nervösen Dauerpopulismus den Ruf der Konservativen ruiniert. Diese Seehofer-Söder-Dobrindt-CSU ist keine seriöse Partei mehr. Wer kann das noch ernst nehmen, dass Seehofer sich neuerdings wieder lammfromm in Sachen Europa gibt und vor Merkel den Kratzfuß macht?
Aus seiner Unberechenbarkeit, schreibt die FAZ, zieht Seehofer seine letzte politische Lebenskraft. Der giftige Europopulismus der CSU in der Finanzkrise war immer darauf kalkuliert, den eigenen Niedergang aufzuhalten. Dabei hat sich allerdings herumgesprochen, dass die CSU selbst mit den Verlusten der Bayerischen Landesbank ein unverantwortliches Finanzchaos zu Lasten des Steuerzahlers verschuldet hat.
Wir haben 11 Monate harter Auseinandersetzung vor uns, in denen wir mit Christian Ude an der Spitze für neue Glaubwürdigkeit in der bayerischen Politik kämpfen.
Zu den irren Angstblüten der CSU gehört das Betreuungsgeld. Damit glaubt eine Partei im Abstieg sich noch an die Macht klammern zu können. Doch die Mehrheit der Menschen hat sich längst abgewandt. Sie haben erkannt, dass hier nichts für die Gleichstellung der Frauen getan wird, dass nichts für die Bildungschancen der Kinder erreicht wird, dass Milliarden vergeudet werden, die auch in Bayern für den Ausbau der Kinderbetreuung fehlen. Wer sich die Lage der Alleinerziehenden – zu 90 Prozent Frauen – ansieht, kann das ganze Ausmaß des Schadens ermessen.
Für sie sind gute Betreuungsplätze existenziell, um nicht den Anschluss im Beruf zu verlieren und der Armutsfalle zu entgehen. Der FDP-Vorsitzende Rösler hat jetzt dazu gesagt: Das Betreuungsgeld koste viel Geld, sei nicht finanziert, und eine bildungspolitische Komponente fehle völlig.
Was will Schwarz-Gelb nun? Wird das Betreuungsgeld nach monatelangem Gezerre nun endlich beerdigt? Wer wie Rösler so redet und dann nach einigem Geschacher um Gegenleistungen doch noch zustimmen will, der hat kein politisches Rückgrat mehr. Das trifft auch auf die vielen Abgeordneten der FDP und der CDU zu, die sich offen gegen das Betreuungsgeld positioniert haben – so viele, dass man schon kaum noch von Abweichlern sprechen kann, sondern davon ausgehen muss, hier die Stimme der Mehrheit in der Koalition zu hören.
Im Deutschen Bundestag jedenfalls wären sie Teil eines großen Bündnisses, mit dem wir den fatalen Irrweg verhindern können, auch noch eine Prämie darauf zu zahlen, wenn Frauen vom Beruf und Kinder von früher Bildung ferngehalten werden.

Wenig glaubwürdig ist die CSU auch in ihrer Medienpolitik. Während Horst Seehofer bei der Eröffnung der Münchener Medientage mehr Freiheit für die Medien fordert, wird bekannt, dass CSU-Sprecher Hans Michael Strepp bei der „heute“-Redaktion versucht hat, eine Berichterstattung über den SPD-Landesparteitag zu verhindern.
Auf diesem Parteitag wurde der Münchener Oberbürgermeister Christian Ude zum Spitzenkandidaten der bayrischen SPD mit eindrucksvoller Mehrheit gewählt.
Strepp soll dem ZDF gedroht haben, dass es im Falle der Berichterstattung über die Sozialdemokraten „Diskussionen nach sich ziehen werde!“

Finanzen

Europa – Finanztransaktionssteuer endlich umsetzen!

Wir begrüßen, dass die EU-Kommission mit ihrem nun vorgelegten Antrag für die Finanztransaktionssteuer weiter Druck macht. Die Bundesregierung muss jetzt dafür sorgen, dass der Kommissionsvorschlag im ECOFIN möglichst schnell die nötige qualifizierte Mehrheit erhält. Der Deutsche Bundestag hat mit großer Mehrheit gefordert, dass Frau Merkel und Herr Schäuble alles in ihrer Macht Stehende tun, um das wichtige Projekt Finanztransaktionssteuer endlich umzusetzen. Wir werden hier weiter sehr wachsam sein, ob die von Frau Merkel und ihrer Koalition gemachten Zusagen auch eingehalten werden. Die EU-Kommission muss jetzt zügig auch einen konkreten Vorschlag zur Ausgestaltung der verstärkten Zusammenarbeit machen. Für uns bleibt der Richtlinienvorschlag der EU-Kommission eine gute und richtige Grundlage für die einzuführende Finanztransaktionssteuer. Wichtig ist, auch Derivate mit in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen.

Energie

Energiewende – Es kommt auf gute Koordination an!

Am Montag fand eine Sachverständigen-Anhörung statt. Sie hat gezeigt, dass der diskutierte Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung einer Offshore-Haftungsumlage sowie zur Sicherung der Versorgungssicherheit in allen Bereichen seine Ziele verfehlt und gleichzeitig unkalkulierbare Belastungen für die Verbraucher mit sich bringt.

So stärkt die durch den Verbraucher in Höhe von 0,25 Cent pro Kilowattstunde zu zahlende Haftungsumlage zwar die Investitionssicherheit der Offshore-Windparkbetreiber, am strukturellen Problem der zum Anschluss der Windparks verpflichteten Netzbetreiber ändert sich hierdurch nichts. Diese bleiben eingeklemmt zwischen auf der einen Seite dem Anspruch der Windparks auf pünktlichen Netzanschluss und andererseits einer marginalen Zahl an Zuliefern von Kabeln und weiteren Komponenten, an die im Falle nicht eingehaltener Lieferfristen keine Haftungsrisiken weitergegeben werden können.

Vor diesem Hintergrund drückten einige Sachverständige ihre Sorge vor weiteren Haftungsansprüchen an die Netzbetreiber und damit einem mittelfristigem Anstieg der Umlage auf 0,5 Cent pro Kilowattstunde aus. Darüber hinaus bezweifelten die Sachverständigen, dass durch die neue Regelung der Netzausbau auf See beschleunigt wird und sich neue Investoren finden.

So lässt sich unter anderen erklären, dass sich mehrere Sachverständige für eine Beteiligung des Staates durch die KfW an der Finanzierung der teuren Offshore-Netzanschlüsse ausgesprochen haben.

Auch bei den Vorschlägen zur Sicherung der Versorgungssicherheit mit Strom und Wärme im kommenden Winter hat die Bundesregierung wichtige Faktoren nicht berücksichtigt.

So sollen zur Sicherung der Stromversorgung die Betreiber von Gaskraftwerken mit kostengünstigen unterbrechbaren Verträgen dazu gezwungen werden, künftig auf kontinuierliche und teurere Lieferverträge umzustellen. Dieses Vorhaben verlagert aus Sicht der Sachverständigen das Problem der sicheren Versorgung mit Strom und Gas in benachbarte Regionen. Denn die mangelnde Gastransportkapazität gefährdet die gleichzeitige Versorgung anderer Gebiete mit dem für Strom und Gebäudewärme notwendigen Gas. Dies zeige, dass die Bundesregierung in der Hektik ihres Reparaturbetriebs negative Kettenreaktionen nicht bedacht hat.

Weiteren Nachbesserungsbedarf attestierten die Sachverständigen der Bundesregierung bei den Regelungen, die eine Stilllegung systemrelevanter Kraftwerke untersagen und einen Weiterbetrieb erzwingen sollen. Hiermit sind komplizierte Eingriffe in das Eigentumsrecht verbunden. Parallel verhandelt die Bundesnetzagentur mit Kraftwerksbetreibern über Vereinbarungen, die betroffenen Kraftwerke gegen eine finanzielle Entschädigung weiter zu betreiben. In diesem Zusammenhang müssen mögliche Mitnahmeeffekte vermieden werden, damit nicht schon die reine Ankündigung ein systemrelevantes Kraftwerk stillzulegen, zu Ansprüchen auf Entschädigungen führt und zu einem Geschäftsmodell wird. Die Anhörung hat wieder einmal gezeigt, dass die Bundesregierung in der Energiepolitik nicht auf der Basis eines klaren Konzepts handelt, sondern nur auf entstandene Probleme panikartig und ohne Beachtung möglicher Nebenwirkungen reagiert.

Da ist es nur folgerichtig, wenn ein Vertreter des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen eine Koordinierung der Energiewende zwischen Bund und Ländern sowie Nord- und Süddeutschland einfordert, um auf mangelnder Koordinierung beruhende Fehlinvestitionen in Windparks, Netze oder konventionelle Kraftwerke und damit einhergehende zusätzliche finanzielle Belastungen für die Verbraucher zu verhindern.

Arbeit & Soziales

Rente – Beitragssenkung macht langfristig keinen Sinn!

Wir fühlen uns von der Anhörung bestätigt. Die große Mehrheit der Experten hat sich gegen eine Beitragssenkung ausgesprochen. Auch in der Bevölkerung gibt es keine Mehrheit dafür. Es ist selten, dass sich Arbeitnehmer für höhere Sozialabgaben aussprechen. Beim Rentenbeitrag jedoch haben die Menschen verstanden: Man kann nicht den Beitragssatz senken und sich dann beklagen, dass kein Geld zur Stabilisierung des Rentenniveaus und für Leistungsverbesserungen vorhanden ist. Die Beitragssenkung ist falsch. Unser Gesetzentwurf will den Beitragssatz bis zum Jahr 2025 stabil bei 19,6 Prozent halten. Das ist nicht nur sozialpolitisch sinnvoll. Auch konjunkturpolitisch ist es klug, jetzt Rücklagen zu bilden, damit im Fall wegbrechender Einnahmen kein Beitragssatzanstieg erfolgen muss. Verantwortungsvolle Rentenpolitik muss über das Wahljahr 2013 hinausdenken.

Bonbon

„Wir senden, was wir senden, egal wer anruft. Die ‚heute´- Redaktion hat ihre Unabhängigkeit bewiesen."

(Peter Frey, Chefredakteur „heute"-Redaktion)

Termine

28.10.12	**16.00 Uhr**	**Online-Chat mit Piraten AK**
29.10.12	**14.00 Uhr**	**Neue Kompetenz AK**
	18.30 Uhr	**Erw. SPD-Kreisvorstand AK**
31.10.12	**19.00 Uhr**	**VA Demografischer Wandel Kirchen-Wehbach**
02.11.12	**10.00 Uhr**	**IGS Hamm**
	16.30 Uhr	**Vorstellung Elternordner Puderbach**